

118. FDP-Landesparteitag, 01. & 02.04.2023

Antragsteller:

Jan Biniossek

Drs.: A2301/08

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

Schluss mit staatlicher Finanzierung von Denunziation und „Gegnerbeobachtung“!

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die FDP Hamburg wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Alimentierung von demokratiefeindlichen und antiliberalen NGOs – insbesondere das Denunziationsportal der Amadeu-Antonio-Stiftung oder die „Gegnerbeobachtung“ des Zentrums Liberale Moderne - durch Steuermittel unverzüglich unterbunden wird.

Begründung:

Die Gründerin der **Amadeu-Antonio-Stiftung** und ehemalige Vorsitzende, Anetta Kahane, war von 1974 bis 1982 inoffizielle Mitarbeiterin der Staatssicherheit... daran erinnert leider auch die staatlich kofinanzierte „Meldestelle“:

29 Im durch das Familienministerium mit **133.000 Euro** geförderten Online-Pranger
30 können missfällige Aussagen von Mitbürgern gemeldet werden, selbst wenn diese
31 «unterhalb der Strafbarkeitsgrenze» liegen [sic!].

32

33 „Die Stiftung bereitet hier eine Infrastruktur des Spitzelns vor, des Misstrauens gegen
34 Mitbürger, Medien und Vereine. Es ist das Gegenteil einer liberalen Gesellschaft, in
35 der verschiedene Positionen immer wieder neu verhandelt werden und missliebige
36 Haltungen ausgehalten werden müssen. [...] Die Amadeu-Antonio-Stiftung versucht
37 mit der Meldestelle unter dem Deckmantel der emanzipatorischen Intention Fakten
38 zu schaffen. Daran ist wenig bis nichts feministisch, aber alles antidemokratisch und
39 illiberal. Denunziation steht im Gegensatz zu den Werten einer liberalen
40 Gesellschaft, für die die Stiftung angeblich eintreten will. Gesellschaftliche Gräben
41 werden nicht überwunden durch denunziatorische Portale, sondern durch einen
42 offenen Diskurs. Die Bundesregierung sollte ihre Förderung von öffentlichen
43 Massregelungsstellen wie die der Meldestelle der Amadeu-Antonio-Stiftung beenden.
44 Ein staatlich finanzierter Pranger für Meinungen innerhalb einer pluralistischen
45 Mehrheitsgesellschaft ist nicht fortschrittlich, sondern autoritär.“ Beatrice Achterberg
46 in der NZZ (Quelle: [https://www.nzz.ch/meinung/der-andere-blick/antifeminismus-
47 meldestelle-ein-problem-fuer-die-demokratie-ld.1726891](https://www.nzz.ch/meinung/der-andere-blick/antifeminismus-meldestelle-ein-problem-fuer-die-demokratie-ld.1726891))

48

49 Zum **Zentrum für Liberale Moderne**: „Beck, einst Staatssekretärin im
50 Bundesfamilienministerium, und Fücks, ehemals Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung,
51 profitierten ganz buchstäblich von ihren guten Beziehungen in die Politik. Laut der
52 Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Linken wurde das Zentrum seit
53 2018 für 24 Projekte mit **4.472.572,56 Euro** gefördert. Diese viereinhalb Millionen
54 kamen aus dem Bundesfamilienministerium, aus dem Bundesinnenministerium (über
55 die Bundeszentrale für politische Bildung), dem Bundesministerium für wirtschaftliche
56 Zusammenarbeit, dem Auswärtigen Amt und dem Bundespresseamt.

57

58 In diesem hochentwickelten Subventionsnetzwerk hat auch [der „Journalist“ Matthias]
59 Meisner seinen Platz gefunden. Er arbeitet für den Sektor „Gegneranalyse“ des
60 Zentrums Liberale Moderne. Der dort praktizierte Aktivismus zur Bekämpfung
61 politischer Gegner wird vom Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und
62 Jugend für 2021 und 2022 unter dem Projektnamen „Demokratie leben“ mit
63 **316.211,47 Euro** unterstützt. So lässt sich das Zentrum Liberale Moderne aus
64 Bundesmitteln eine eigene Abteilung zur Brandmarkung politischer und medialer

65 Gegner finanzieren. Angeblich geht es dabei um die „Gegner der offenen
66 Gesellschaft“. Gemeint sind damit aber nicht etwa Social-Media-Aktivisten wie der
67 „Volksverpetzer“, der in der Pandemie unverhohlenen Propaganda für die No-Covid-
68 Ideologie betrieb, wie sie mit den Überzeugungen einer offenen Gesellschaft – und
69 nebenbei auch mit unserer Verfassung – kaum zu vereinbaren ist.

70

71 Auch geht es nicht um führende Nachrichtenmagazine und öffentlich-rechtlicher
72 Sender, die in der Corona-Krise plötzlich Ausgangssperren, Schulschließungen und
73 andere Attacken auf den liberalen Rechtsstaat forderten. Nein, es geht in der
74 „Gegneranalyse“ um ein klar umrissenes Feld von „Gegenmedien“, die, so die
75 „Feldanalyse“, vor allem durch die „Proteste gegen die Corona-Maßnahmen“ geprägt
76 worden seien – darunter neben offensichtlichen Propagandaformaten wie „RT“ auch
77 inhaltlich streitbare, aber sicher nicht verfassungsfeindliche Alternativmedien wie die
78 „Achse des Guten“, „Tichys Einblick“ und die „Nachdenkseiten“, denen sogar eine
79 umfangreiche eigene Akte gewidmet wird. Dass auch solche Positionen zum
80 Meinungsspektrum einer liberalen Demokratie gehören, scheint für die
81 „Gegneranalyse“ nicht selbstverständlich zu sein.

82

83 Man muss es so deutlich formulieren: Die „Gegneranalyse“ spielt Verfassungsschutz
84 – und das im Auftrag eines grünen Thinktanks, bezahlt mit Steuergeldern. Der
85 offizielle Projektname lautet: „Gegen-Medien: Parallelöffentlichkeit und
86 Radikalisierungsmaschine zur Delegitimierung der repräsentativen Demokratie.“
87 Warum ausgerechnet die „Nachdenkseiten“, ein ursprünglich aus dem
88 Gewerkschaftsmilieu stammender Blog, die repräsentative Demokratie beschädigen
89 sollen, bleibt unklar. Wohl aber darf sich der mündige Bürger fragen, ob es sich bei
90 der Erstellung solcher staatlich subventionierter „Schwarzer Listen“ nicht um einen
91 Eingriff in die Presse- und Meinungsfreiheit handelt – und ob eine Zweckentfremdung
92 öffentlicher Mittel für parteipolitische Ziele der Demokratie nicht Schaden zufügt. [...]

93

94 Es handelt sich um den Angriff gut organisierter Netzwerke auf die freiheitliche
95 Verfassung unserer Gesellschaft – subventioniert vom Steuerzahler.“ Frank
96 Lübberding in die WELT (Quelle: [https://www.welt.de/kultur/plus242119813/Zentrum-
97 Liberale-Moderne-Wenn-politischer-Aktivismus-staatlich-subventioniert-wird.html](https://www.welt.de/kultur/plus242119813/Zentrum-Liberale-Moderne-Wenn-politischer-Aktivismus-staatlich-subventioniert-wird.html))

98

99 Wir Liberalen sollten die Finanzierung dieser demokratiegefährdenden Aktivitäten
100 (dieser abgehalfterten Grünen-Politiker und ehemaligen Stasimitarbeiter)

101 unverzüglich beenden!